

Mississippi Richter befiehlt Zeitung, Leitartikel zu entfernen - Empörung steigt

Ein Richter in Mississippi hat einen Zeitungsredakteur per einstweiliger Verfügung zur Entfernung eines kritischen Editorials gezwungen, was landesweit für Empörung unter Presseverfechtern sorgt.

Ein Richter in Mississippi hat angeordnet, dass eine Zeitung einen Kommentar entfernen muss, der den Bürgermeister und die Stadtführer kritisierte. Dies geschah, nachdem die Beamten Klage erhoben hatten, was zu Beschwerden von Presseschützern führte, die behaupten, dass es gegen den ersten Verfassungszusatz verstößt.

Hintergrund des Falls

Chancery-Richterin Crystal Wise Martin erließ am Dienstag eine einstweilige Verfügung gegen die *Clarksdale Press Register* im Zusammenhang mit einem Kommentar vom 8. Februar mit dem Titel „Geheimhaltung und Täuschung untergraben das öffentliche Vertrauen“. Der Artikel kritisierte die Stadt dafür, dass sie die Zeitung nicht über eine Sitzung des Stadtparlaments informierte, in der ein geplanter Steuer auf Alkohol, Marihuana und Tabak besprochen wurde.

Reaktionen auf die Entscheidung

„Es ist gefährlich, dass ein Richter eine einstweilige Verfügung ohne Anhörung erlässt“, sagte Wyatt Emmerich, Präsident der Muttergesellschaft der Zeitung, Emmerich Newspapers. „Wir

werden dagegen vorgehen und sehen, wohin es führt.“ Die Klage der Stadt bezeichnete den Kommentar als verleumderisch und behauptete, er habe die Bemühungen der Stadt, für die Steuer bei den Staatsabgeordneten zu werben, „abgekühlt und behindert“.

Verfügbarkeit des Editorials

Der Kommentar war bis Mittwochnachmittag nicht mehr auf der Website der Zeitung verfügbar. Martin setzte eine Anhörung im Fall für den 27. Februar an.

Äußerungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Chuck Espy erklärte, der Kommentar impliziere unfairerweise, dass die Stadt mit ihrer Sitzung gegen das Gesetz verstoßen habe. Er verwies auf eine andere Passage, die fragte: „Haben die Kommissare oder der Bürgermeister Bestechungsgelder von der Gemeinschaft erhalten?“

„Wir sind dafür, dass die Presse ihren Job macht. Wir befürworten so viel Transparenz wie möglich“, sagte er. „Sagen Sie einfach die Wahrheit. Ich glaube nicht, dass das zu viel verlangt ist.“

Reaktionen der Presseverteidiger

Clarksdale liegt etwa 71 Meilen südlich von Memphis, Tennessee. Die Entscheidung rief Beschwerden von Pressevertretern in Mississippi und landesweit hervor. „Das ist eine durchaus erstaunliche Verfügung, die wir als gravierend und frostig empfinden“, sagte Layne Bruce, Geschäftsführer der Mississippi Press Association. „Sie verstößt eindeutig gegen den ersten Verfassungszusatz, und wir unterstützen voll und ganz das Recht der *Press Register* zu berichten und Kommentare über die Geschäfte der Stadtverwaltung von Clarksdale abzugeben.“

Lisa Zycherman, Vizepräsidentin für Rechtsprogramme beim Reporters Committee for Freedom of the Press, sagte, die Verfügung „stellt Zensur dar und ist zweifellos ein schwerwiegender Verstoß gegen den ersten Verfassungszusatz.“

Vergangenheit ähnlicher Vorfälle

In den letzten Jahren gab es weitere Versuche, Nachrichtenorganisationen zum Schweigen zu bringen. Im Jahr 2023 durchsuchte eine Polizeibehörde in Kansas das Büro einer Zeitung sowie das Zuhause ihres Eigentümers und Herausgebers, nachdem sie behauptet hatte, die Zeitung und ein Reporter könnten Identitätsdiebstahl und andere Computerverbrechen begangen haben, um Informationen über die Fahrerlaubnis eines lokalen Geschäftsinhabers zu beschaffen und zu verifizieren.

Die Durchsuchung wurde später untersucht, und der ehemalige Polizeichef, der sie leitete, wurde im letzten Jahr wegen Behinderung der Justiz angeklagt.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at